



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Liebe Leserinnen und Leser,

am 23. April vor 21 Jahren bin ich Mitglied im Europäischen Parlament geworden, habe einiges an politischen Veränderungen erlebt, von Euro-Einführung über EU-Erweiterung, die Staatsschuldenkrise bis hin zum Brexit – aber einen „Lock-Down“ der Wirtschaft, einen Stopp fast aller öffentlichen Veranstaltungen und auch des nach außen wahrnehmbaren Parteilebens noch nicht. Auch, dass für Normalbürger die Grenzen über Wochen dicht waren und teilweise immer noch sind und keine Plenartagungen mit Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel stattfinden ist ein bedrückender Zustand. Von daher hoffe ich zu allererst, dass Sie, die diesen Eurospot erstmals nur elektronisch erhalten, diesen in guter Gesundheit lesen können und sich Ihre persönlichen Lebensumstände bald wieder normalisieren, soweit Sie betroffen sind. Politik auf allen Ebenen bemüht sich, ohne dass man das vorher üben konnte, besonders Betroffenen auch vorrangig zu helfen. Auf der EU-Ebene mussten wir erleben, dass in einer ersten Phase der Pandemie sich jeder selbst der nächste war, obwohl COVID-19 als Virus weder Grenzen noch Nationalitäten kennt. Und obwohl es praktisch keine Kompetenzen der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit gibt, wurde von einschlägiger Seite gleich auf die EU geschimpft, obwohl es die Mitgliedstaaten waren, die einseitig und unabgestimmt agierten, anfangs selbst innerhalb der EU keine Hilfsgüterlieferungen über die eigenen Grenzen ließen und den Warenverkehr zunächst ins Stocken brachten. Einiges wurde inzwischen geregelt, das EP hat im Rahmen seiner Haushaltskompetenz das notwendige entschieden und richtet jetzt den Blick auf den neuen Finanzrahmen von 2021-2027, der während der deutschen Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli beginnt, beschlossen werden muss. Es braucht einiges mehr an Gemeinsamkeit und damit auch einen stärkeren Finanzrahmen. Wir müssen durch die Erholung gemeinsam stärker werden, allerdings nicht nur und sicher nicht vor allem bei der Produktion von Schutzmasken...

AUS DEM INHALT

Ausgabe Mai 2020

- **Umgang mit der Coronapandemie**
- **Ambitionierter EU-Finanzrahmen**
- **Bewegungsfreiheit und Verbraucherschutz sichern**
- **Positionspapier zu Asyl und Migration**

Ihr

Michael Gahler



CDU/CSU-Gruppe stellt finanz- und wirtschaftspolitische Antworten auf die Coronakrise vor



Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich in einem Positionspapier damit auseinandergesetzt, wie mit den Herausforderungen der Coronakrise umzugehen ist. Die deutschen Christdemokraten legen den Schwerpunkt dabei auf die finanz- und wirtschaftspolitischen Risiken.

Kurz- aber auch langfristig werden Europäische Investitionsbank (EIB) und Europäischer Stabilitätsmechanismus gefordert sein, so die CDU/CSU-Gruppe. Langfristig geht es um ein Kreditprogramm zu günstigen Konditionen. Flankieren könnte ein zeitlich begrenzter europäischer Wiederaufbau- und Wachstumsfonds (WWF), der an die bewährten Strukturen des Junckerfonds zu knüpfen

wäre. Auf der Basis von Garantien aus dem EU-Haushalt, zweckgebundenem Geld der Mitgliedstaaten sowie EIB-Sicherheiten könnten enorme Hebelwirkungen entstehen, deren Wirkungen vor allem in nachhaltigen Infrastruktur-Investitionen (Energienetze), modernen Sozialprojekten (grenzüberschreitende Infrastrukturen für Gesundheit, Seuchenbekämpfung etc.) oder in Umstellungen industrieller Produktionsverfahren auf Wasserstoff- und Grünstrombasis entstehen sollten.

Die Debatte um den richtigen Umgang mit und Konsequenzen aus der Krise nimmt weiter an Fahrt auf. Dabei werden viele Ideen in einen Topf geworfen und Vorschläge aufgegriffen, die einige

schon immer in Sachen Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion erreichen wollten. Nicht jede Maßnahme taugt aber für jedes Stadium der Krise, Digitalisierung und Dekarbonisierung sind zudem langfristige Querschnittsaufgaben. Zudem muss klar sein, dass jedwede Krisenhilfe zeitlich begrenzt ist und Maßnahmen mit europäischem Mehrwert (Digitalisierung, Netzausbau, Energienetze, grenzüberschreitende Gesundheit) zu unterstützen sind. Wichtig ist auch, dass Ländern, denen heute mit europäischen Instrumenten aus der Krise geholfen wird, ihre nationale Politik künftig nicht gegen europäische Interessen ausrichten. Schließlich ist die europäische und nationale Politik jetzt gefordert, den Unternehmen den Wiederanfang bzw. Aufholprozess zu erleichtern und Spielräume für Investitionen zu ermöglichen.

WEB-TIPP

Das gesamte Positionspapier finden Sie hier:
<https://www.cducsu.eu/artikel/corona-krise-die-finanz-und-wirtschaftspolitische-herausforderung>

EVP-Fraktion sorgt sich um die Zeit nach der Corona-Pandemie

Anfang Mai stellte die EVP-Fraktion, in der die CDU/CSU-Gruppe die meisten Mitglieder stellt, ihre Forderungen zur europaweiten Erholung nach der Coronapandemie vor. Zuvor beauftragten die Staats- und Regierungschefs Ende März die Europäische Kommission einen Plan vorzulegen, um zu einem normalen Funktionieren der europäischen Gesellschaften und Volkswirtschaften und zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren.

Aus Anlass dieser laufenden Debatte stellte die

EVP-Fraktion klar, dass das Europäische Parlament vollumfassend an der Entwicklung und finanziellen Durchführung des Planes beteiligt sein muss. Es ist nicht akzeptabel, einen Erholungsplan außerhalb des EU-Budgets vorzubereiten. Vielmehr muss der kommende mehrjährige Finanzrahmen, der ab 2021 läuft und für sieben Jahre gilt, so hoch sein, dass er den Anforderungen im Umgang mit der Pandemie gerecht wird. Dabei dürfen jedoch nicht bestehende Prioritäten aus den Augen verloren

werden, wie zum Beispiel die Förderung wirtschaftlich schwacher Regionen oder Infrastruktureinrichtungen oder die Unterstützung unserer Landwirte. Auch müssen zukünftig in die Zukunft gerichtete Bereiche prioritär gefördert werden, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung. Dies muss auch die EU-Unterstützung für Verteidigungsforschung und -entwicklung umfassen, die weiter ambitioniert vorzubereiten sind. Es wäre ein fatales Zeichen, würde es hier zu Kürzungen kommen.

Parlamentarier stimmen zu, die EU-Regeln für die Flughafen-Slots zeitlich befristet auszusetzen

Die Airlines haben schwer mit den Auswirkungen der Corona-Krise zu kämpfen. Geisterflüge, die nur dem Erhalt von Start- und Landerechten dienen und wirtschaftlich völlig unsinnig sind, kann sich keine Fluggesellschaft mehr leisten. Deshalb ist es richtig, dass die EU-Institutionen die geltenden EU-Regeln für die Flughafen-Slots zeitlich befristet aussetzen. Die

Airlines müssen ihre Kapazitäten dem realen Fluggastaufkommen anpassen können. Diesem Kommissionsvorschlag stimmte das Europäische Parlament am 26. März zu.

Die geltenden EU-Regeln zur Nutzung der Zeitfenster für Starts und Landungen an Flughäfen (Slots) werden ausgesetzt. Die Regeln sehen vor, dass

Luftfahrtunternehmen, die sich ihre Start- und Landerechte für das Folgejahr sichern wollen, mindestens 80 Prozent der Slots des laufenden Jahres genutzt haben. Um wirtschaftlich und ökologisch unsinnige „Geisterflüge“ zu vermeiden und Kapazitätsanpassungen zu ermöglichen, sollen die Regeln bis Ende Oktober 2020 ausgesetzt werden.

Europäisches Parlament trägt die Antworten auf die Coronakrise mit



In seiner Entschließung und den Abstimmungen vom 16. April stellte sich das Europäische Parlament hinter die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten zur aktiven Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Die Einigung der EU-Finanzminister zum finanziellen Kriseninstrumentarium ist eine kraftvolle Antwort. Mit den Krediten aus dem Euro-Rettungsschirm (ESM), den Garantien der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie den Kredithilfen für Kurzarbeit (SURE) haben die EU-Institutionen ein rasch einsetzbares und schlagkräftiges Instrumentarium zur Verfügung, um Europa solidarisch durch diese beispiellose Krise zu

bringen. Die EU muss bereits schon heute an einem Programm arbeiten, um die wirtschaftliche Erholung zu stärken und Lehren aus der gegenwärtigen Krise zu ziehen. Ein wichtiger Beitrag muss der EU-Finanzrahmen für 2021-2027 sein, in dem Forschung und Entwicklung eine große Rolle spielen. Die Herausforderungen sind sehr groß und damit ist klar, dass es kein Sparhaushalt sein kann.

Nach intensiven Beratungen haben die EU-Finanzminister sich auf ein Paket an Krisenmaßnahmen geeinigt, das die Staats- und Regierungschefs am 23. April billigten. Eine Einigung zum EU-Finanzrahmen 2021-2027 muss bald unter Dach und Fach sein. Dazu wird in Kürze ein überarbeiteter Vorschlag der EU-Kommission erwartet.

Es ist richtig und notwendig, wenn EU-Mittel kurzfristig dort eingesetzt werden können, wo sie am notwendigsten gebraucht werden. Europa ist handlungsfähig und kann in Krisenzeiten

neue Schwerpunkte setzen. Den europäischen Mehrwert für die Regionen müssen und können die EU-Institutionen auch unter erschwerten Bedingungen erhalten. Neue Herausforderungen brauchen neue Antworten, daher stimmte das Europäische Parlament zu EU-Mittel gezielt in der Coronakrise einzusetzen.

Um EU-Gelder für Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise bereitzustellen, stehen Mittel aus der Kohäsionspolitik bereit. Insgesamt sind dafür 37 Milliarden Euro aus dem laufenden Haushalt für 2020 vorgesehen. Dazu musste das geltende Regelwerk aus dem Fonds für regionale Entwicklung sowie dem Meeres- und Fischereifonds angepasst werden. Die Summe ergibt sich aus nicht verwendeten Mitteln aus dem Vorjahr in Höhe von 8 Milliarden Euro sowie 29 Milliarden aus der Kohäsionspolitik des laufenden Haushaltsjahres, die der EU-Kofinanzierung dienen sollen. Die Mittel können für Maßnahmen seit dem 1. Februar 2020 verwendet werden.

EU-Solidaritätsfonds



Die Bekämpfung des Coronavirus und seiner wirtschaftlichen Folgen ist ein Mammutprojekt. Es ist notwendig, dass EU-Gelder so

flexibel wie möglich für solche Maßnahmen einsetzbar werden. In Krisenzeiten müssen alle politischen Ebenen beherzt handeln, jede mit ihren Mitteln und Fähigkeiten. Die regionale Ebene, die Mitgliedstaaten, und die

EU. Nur zusammen wird es uns gelingen, die größte Herausforderung für unseren Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen.

Bisher können die zweckgebundenen Mittel des EU-Solidaritätsfonds für Naturkatastrophen (wie etwa Hochwasser oder Erdbeben) eingesetzt werden. Zur Bekämpfung der Coronapandemie wurde der Anwendungsbereich um Notlagen für die öffentliche Gesundheit mit Zustimmung des Europäischen Parlaments erweitert. Für das laufende Haushaltsjahr stehen 800 Millionen Euro zur Verfügung.

Bewegungsfreiheit und Verbraucherschutz sichern

Europa muss in Krisenzeiten beherzt handeln und mit einer Stimme sprechen. Das Krisenmanagement muss europäisch koordiniert sein, wenn es den Binnenmarkt betrifft. Das bedeutet zum Beispiel einheitliche Standards etwa für die Quarantäne-Bestimmungen bei der Einreise, oder die Expresspuren an den Grenzen für Gütertransporte, Pendler oder medizinisches Personal. Auch müssen die gemeinsamen Binnenmarktregeln verhältnismäßig angewandt und die Verbraucher geschützt werden.



Während der heraufziehende Corona-Krise standen die Errungenschaften des Binnenmarktes unter starkem Druck. Die Durch-

lässigkeit der Grenzen für Personen wurde von den Mitgliedstaaten unabsprochen und für zu lange eingeschränkt. Inzwischen

liegen vergleichbare Infektionsraten zwischen Bayern und Österreich und zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass vor. Die Schutzmaßnahmen sind auch vergleichbar, wie etwa Gesichtsmasken, in Frankreich geht es sogar strenger zu als in Deutschland. Fracht und Berufspendler dürfen die Grenzen passieren, alle anderen, die gerne wieder in Kehl oder Saarbrücken

einkaufen oder auf Abstand Freunde und Verwandte wiedersehen wollen bleiben ausgesperrt. Dies muss schnell geändert werden.

Ein weiteres Thema im Binnenmarkt ist der Verbraucherschutz. Verbraucher sahen sich europaweit vielmehr gefälschten Produkten in Online-Handelsplattformen, darunter auch Mund-Nase-Masken, gegen-

über. Dies griff die Europäische Kommission erfreulicherweise auf und startete am 30. April eine Initiative, um Betrug zu verhindern und Verbraucher im Onlinehandel stärker zu schützen. Hierbei bezog sie sich auf die Vorgehensweisen des Netzwerks für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (Consumer Protection Cooperation Network - CPCNetwork).

EVP-Fraktion bezieht in einem Positionspapier Stellung zu Asyl und Migration

Die Gründe dafür, weshalb Menschen sich auf den Weg nach Europa machen, werden künftig eher zu- als abnehmen. Deshalb sind wirksame Verfahren im Rahmen eines funktionierenden gemeinsamen Asylsystems notwendig. Die EVP-Fraktion spricht sich für eine klare Unterscheidung zwischen Schutzsuchenden und Wirtschaftsmigranten aus. Hierfür werden mehr und effektive Rückübernahmeabkommen mit afrikanischen Staaten sowie eine koordinierte Rückführungspolitik der europäischen Mitgliedsstaaten gefordert. Gleichzeitig spielt die engere Verzahnung von

humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit eine wesentliche Rolle.

Wenn innerhalb der Europäischen Union der Schengen-Raum und die damit verbundene Freizügigkeit als unsere größten Errungenschaften bewahrt werden sollen, müssen die EU-Außengrenzen effektiv geschützt werden. Nur wenn dies gelingt, kann auf Binnengrenzkontrollen verzichtet werden. Die EU und die Mitgliedstaaten brauchen zudem eine verstärkte justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit, um Schleusernetzwerke zu zerschlagen und Sekundärmigration zu verhindern.

Neben dem humanitären Anspruch als Wertegemeinschaft muss die EU auch dafür sorgen, dass Mitgliedstaaten ihrerseits Solidarität bei der Aufnahme Schutzbedürftiger zeigen. Nur ein fairer und effektiver Mechanismus bei der Verteilung von Asylbewerbern wird ein gemeinsames europäisches Asylsystem zum Erfolg führen können.

WEB-TIPP

Das gesamte Papier können Sie hier nachlesen:

<https://www.eppgroup.eu/sites/default/files/attachments/2020/04/eppgroup-position-paper-on-asylum-and-migration-final.pdf>

Die Zeitumstellung lässt sich Zeit, viel Zeit



Wie jedes Jahr wurde die Zeitumstellung von einer gesellschaftlichen Debatte über die Sinnhaftigkeit begleitet. Wenn es nur nach dem Europäischen Parlament gehen würde, wäre ab nächstem Jahr Schluss mit der Zeitumstellung. Der Beschluss des Parlaments liegt seit letztem Jahr beim Ministerrat. Leider haben sich die Regierungen noch nicht einigen können, da ein geografischer Flickenteppich nicht wünschenswert ist.

Bisher haben wir drei Zeitzonen. Die allermeisten Länder, 17 von 27, haben die mitteleuropäische Zeit, MEZ, bzw. seit dem 29. März wieder die Sommerzeit MESZ. Die osteuropäische Zeit (OEZ) haben Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Zypern. Die westeuropäische Zeit (WEZ) haben Irland und Portugal. Alle nehmen an der Sommerzeit

teil, so dass sich zwischen den drei Zonen nichts ändert.

Die Frage die sich stellt ist, ob man sich dauerhaft für die Winterzeit oder die Sommerzeit entscheidet. Bei der Umfrage vor drei Jahren, an der sich ganz überdurchschnittlich Bürger aus dem deutschsprachigen Europa beteiligt haben, war eine deutliche Mehrheit für die ständige Sommerzeit.

Generell kann man sagen, dass je weiter sich ein Land innerhalb der MEZ im Osten befindet, desto eher sind die für die Sommerzeit, weil es im Sommer bei ständiger Winterzeit dort schon zwischen 3 und 4 Uhr morgens hell würde. Andererseits würde es in Spanien relativ spät hell im Winter. Andererseits wollen die Urlaubsländer im Süden trotzdem eher die Sommerzeit, weil die Urlauber gerne abends länger Sonne haben und die Sonne weiter im Süden zwar tagsüber höher steht aber abends nicht so lange wie bei uns scheint. Selbst innerhalb Deutschlands scheint zur Sommersonnenwende Ende Juni die Sonne auf Sylt eine Stunde länger als in Passau.

In Finnland ist die Debatte eher, ständige die Winterzeit

zu behalten, weil man dort im Sommer sowieso kaum Dunkelheit hat. Das gleiche gilt für die baltischen Staaten.

Was ungünstig wäre, wäre eine Situation, wo Deutschlands direkte Nachbarn eine andere Zeitzone hätten, oder gar innerhalb von Benelux es unterschiedliche Zeitzonen gäbe. Idealerweise entschiede sich die bisherige MEZ-Zone für die ständige Sommerzeit, wenn dann Finnland und die Balten sich für die ständige Winterzeit entscheiden, hätten die die gleiche Zeit wie wir, die südosteuropäischen Staaten behielten die OEZ. Leben könnte man auch damit, dass sich Spanien der WEZ mit Portugal anschliesse, das wäre geografisch sinnvoll, weil das Land weit westlich liegt.

Das Parlament, die treibende Kraft für eine Zeitumstellung, hat sich wiederholt, zuletzt in einer EntschlieÙung vom 26. März 2019, für eine Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen. Im August 2018 wurde diese Auffassung in einer EU weiten Onlineumfrage bestätigt: 85% von 4,6 Millionen teilnehmenden Europäern stimmten für Abschaffung der Zeitumstellung!

EU startet neue militärische Operation im Mittelmeer



EUNAVFOR MED operation IRINI

Anfang April startete die Europäische Union eine militärische Operation mit dem Namen Irini, das ist griechisch und heißt Frieden, um einen Beitrag zur Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen zu leisten. Deutschland wird sich an der Operation mit Seefernaufklärern und maximal 300 Soldaten beteiligen. Die Entscheidung, eine Operation zu veranlassen, geht auf eine In-

itiative der Berliner Libyen-Konferenz von Ende Januar zurück. Auf Einladung

von Bundeskanzlerin Merkel versammelten sich Teilnehmer von zwölf Staaten am 19. Januar in Berlin, um internationale Beiträge zu Befriedigung des Libyenkonflikts zu erörtern. Als Ergebnis einigten sich die Parteien darauf, dass das von den Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo zu respektieren und stärker zu überwachen ist. In diesen internationalen Bemühungen gliedert sich die Operation der EU nun ein.

Libyen ist für die Sicherheit Nordafrikas und Europas ein zentraler Staat, da aufgrund fortgesetzter kriegerischer Handlungen viele Menschen sterben. Die Operation Irini muss nun auch mit deutscher Beteiligung tatsächlich einen Beitrag leisten, um illegale Waffenlieferungen zu verhindern, damit der Frieden in Libyen eine Chance erhält.

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
f michael.gahler.77

Europabüros:
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:
Europäisches Parlament,
Europäische Kommission

Der Wettbewerb „Youth4Regions“ für junge Journalisten ist gestartet.



Nachwuchs-Journalisten und Journalismus-Studierende zwischen 18 und 30 Jahren können sich mit einem kurzen Artikel (400-1.000 Worte) oder eine kurze Video-Reportage (2-3 Minuten) bewerben. Der Beitrag soll einen durch den Europäischen Fonds für regionale

Entwicklung (EFRE) oder den Kohäsionsfonds kofinanziertes Projekt beschreiben. Der ausgelobte Preis ist für 33 angehende Journalisten ein einwöchiges Trainings-, Mentoring- und Besuchsprogramm in Brüssel. Die Bewerbungsfrist endet am 13. Juli 2020.

WEB-TIPP

Die Ausschreibung auf Englisch finden Sie hier:
<https://bit.ly/3a9nUkw>